

## Bundestagswahl 2013: Politiker aus Oberfranken debattieren über Zeitarbeit

In Bayreuth fand die letzte Veranstaltung der BAP-Diskussionsreihe „Zwischen Sicherheit und Flexibilität“ statt, bei der in verschiedenen Regionen Politiker über Zeitarbeit debattierten. Auf dem Podium saßen dieses Mal CDU-, SPD- und FDP-Vertreter sowie die Geschäftsführerin eines Zeitarbeitsunternehmens.

**12.09.2013 BAP** | Wie viel Regulierung verträgt die Zeitarbeitsbranche? Am 11. September diskutierten in Oberfranken Politiker und Experten der Zeitarbeitsbranche im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Zwischen Sicherheit und Flexibilität“ vor der Bundestagswahl 2013 zum achten Mal über diese Frage. Eingeladen hatte erneut der Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP). Als Diskussionssteilnehmer saßen **Hartmut Koschyk, MdB** und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (CSU), **Anette Kramme, MdB** und Sprecherin für die Bereiche Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, sowie **Sebastian Körber, MdB** und Direktkandidat der FDP im Wahlkreis Bamberg, auf dem Podium. **Ingrid Hofmann**, Geschäftsführerin der I. K. Hofmann GmbH, repräsentierte die Arbeitgeberseite.

Begrüßt wurden Teilnehmer und Gäste vom BAP-Hauptgeschäftsführer **Thomas Hetz**. Danach leitete die Arbeitsmarktexpertin **Prof. Dr. Ricarda B. Bouncken** von der Universität Bayreuth mit einem Vortrag in das Thema ein. Unternehmen seien vor allem auf Grund der Globalisierung auf mehr Flexibilität angewiesen, führte Prof. Dr. Bouncken aus. Dabei sei Zeitarbeit nach Überstunden das am häufigsten genutzte Flexibilitätsinstrument. Kosteneinsparungen seien durch dieses Instrument vor allem im Bereich der Transaktionskosten realisierbar – also beispielsweise Kosten für die Personalsuche oder -einarbeitung.

### Wiedereinführung des Synchronisationsverbots?

Während der darauf folgenden Diskussion sagte **Anette Kramme**, dass es einen Bedarf für flexible Arbeitsmarktinstrumente wie die Zeitarbeit gebe. „Jedoch gibt es auch einen Bedarf für mehr Regulierung“, ergänzte die SPD-Abgeordnete. Ihre Partei wolle demzufolge unter anderem das Synchronisationsverbot in der Zeitarbeit wieder einführen. Nach diesem sei es nicht erlaubt, die Beschäftigung eines Zeitarbeitnehmers an die Beschäftigungsdauer bei einem Kundenunternehmen anzukoppeln. **Ingrid Hofmann** sah diesen Vorstoß kritisch: Das Verbot führe dazu, dass der Weg in eine Beschäftigung vielen Arbeitsuchenden verbaut werde. „Menschen, die nur zeitweise in der Zeitarbeit eine Beschäftigung suchen, müssten wir dann abweisen“, so die Unternehmerin. Aufträge, bei denen ein Kundenunternehmen mit einem Mitarbeiter für einen begrenzten Zeitraum zusammenarbeiten möchte, um diesen gegebenenfalls zu übernehmen, wären damit nicht mehr möglich. **Sebastian Körber** und **Hartmut Koschyk** sahen keinen weiteren Handlungsbedarf seitens der Politik. Staatssekretär Koschyk betonte, dass die Tarifpartner in den vergangenen Jahren gemeinsam viel erreicht hätten. Dieser Weg sei auch für die Zukunft der richtige. Es sei besser, wenn die Zeitarbeit mit ihren „guten Tarifverträgen“ im Rahmen der Flexibilisierungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt mehr Raum einnehme als andere Instrumente.

### Leistungen der Zeitarbeitsbranche

Ebenfalls ein Thema in der Debatte: Welche Leistung erbringt die Zeitarbeit faktisch? **Hartmut Koschyk** sagte, dass über die Zeitarbeit sachlich diskutiert werden müsse – die Branche sei für viele Menschen eine wichtige Brücke in den Arbeitsmarkt und eine Chance für viele Arbeitnehmer. „Lohnuntergrenzen und Branchenzuschlagstarife haben das Image der Zeitarbeit deutlich positiv entwickelt“, so Staatssekretär Koschyk weiter. **Sebastian Körber** betonte ihre wirtschaftliche Relevanz: „Unternehmen benötigen

oft schnell Personal für kurze Auftragspitzen.“ **Anette Kramme** sagte, es sei auch den Unternehmen und den Verbänden der Branche zu verdanken, dass eine Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit eingeführt wurde. Die Branche habe angesichts des Fachkräftemangels „exzellente Perspektiven“, wenn es ihr gelinge, ihren Kunden qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen. **Ingrid Hofmann** forderte schließlich, dass die Politik die Zeitarbeitsbranche als vollwertigen Arbeitgeber anerkennen solle. „Wir sind keine Vermittlungsagentur, sondern Arbeitgeber mit allen Rechten und Pflichten“, sagte die Unternehmerin. Dazu gehöre auch, dass man erbrachte Leistungen der Tarifpartner respektiere.

Die Abschlussveranstaltung der BAP-Diskussionsreihe im Arvena Kongress Hotel in Bayreuth fand im Rahmen der Branchenkampagne „Die Zeitarbeit: Einstieg. Aufstieg. Wachstum.“ statt.

### Über den BAP

Der Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) ist die führende Interessenvertretung der Zeitarbeitsbranche in Deutschland mit mehr als 4.800 Personaldienstleistungsbetrieben. Nähere Informationen zum Verband finden Sie unter [www.personaldienstleister.de](http://www.personaldienstleister.de).

### Über „Die Zeitarbeit: Einstieg. Aufstieg. Wachstum.“

2011 hat der BAP die Branchenkampagne „Die Zeitarbeit: Einstieg. Aufstieg. Wachstum.“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, über Leistungen und Potenziale der Zeitarbeit zu informieren. Mehr Informationen zur Kampagne sind zu finden unter: [www.einstieg-aufstieg-wachstum.de](http://www.einstieg-aufstieg-wachstum.de).

Abdruck honorarfrei / Belegexemplar erbeten

Das nachfolgende Bild können Sie sich in druckfähiger Auflösung auf unserer Webseite [www.personaldienstleister.de](http://www.personaldienstleister.de) im Pressebereich direkt unter dieser Meldung herunterladen.



*BU: 11. September 2013, BAP-Diskussionsveranstaltung in Bayreuth zum Thema Zeitarbeit. Podiumsdiskussion mit (v.l.n.r.): Ingrid Hofmann (I. K. Hofmann GmbH), Anette Kramme, MdB (SPD), Moderator Jo Fechner, Hartmut Koschyk, MdB und PSt beim BM der Finanzen (CSU), Sebastian Körber, MdB (FDP).*

*Fotograf: Günter Meier*

*Fotorechte: BAP honorarfrei*